

Antrag an das Wirtschaftsparlament der  
Wirtschaftskammer Salzburg am 18. 11. 2025

## Günstige Energie für Unternehmen und Haushalte:

In Fortsetzung unseres Antrages zum Wirtschaftskammerparlament vom 9.5.2023 können wir nur nochmals fordern, dass alles unternommen werden muss, dass die Unternehmen und die Haushalte wieder mit günstiger Energie versorgt werden müssen, und die Preise erheblich abgesenkt werden.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Versorgungsunternehmen, welche mit dem Geld der Steuerzahler über Jahrzehnte aufgebaut wurden, nicht zufrieden stellend im Sinne der Bevölkerung arbeiten.

Bei Betrachtung der letzten Bilanz der Salzburg AG musste festgestellt werden, dass diese zu Lasten der Unternehmen und Haushalte einen Gewinn nach Steuern von EUR 112.788.188,-- erzielen konnten, von dem EUR 66.000.000,-- an die drei Aktionäre aliquot ausgeschüttet werden.

Wenn auf eine verbale Attacke durch einen Staatssekretär der Altlandeshauptmann und Aufsichtsratsvorsitzende der Salzburg AG, Herr Dr. Wilfried Hauslauer darauf antwortet, dass das Land die Dividende brauche, sie sei notwendig, um investieren zu können.

Zu dieser Aussage sei ihm ins Stammbuch geschrieben, dass die Unternehmen und Haushalte des Landes diesen Betrag, der nichts anderes ist als zusätzliche Steuern, viel mehr benötigen, um ihre Betriebe führen zu können, ihre Produkte marktkonform produzieren zu können und investieren zu können. Ohne funktionierende Betriebe wird es in der Zukunft keine Steigerung des Steueraufkommens geben und wird auch die Beschäftigungsquote eher sinken als steigen, womit das Land und die Stadt Salzburg zu Verlierern aus dieser kurzsichtigen Denkweise hervorgehen wird.

Vielmehr ist es an der Zeit, dass die Gebietskörperschaften im eigenen Wirkungsbereich ein längst fälliges Sparen an den Tag legen mit Abbau von Beamten und Vorschriften und die Unternehmen unterstützen, in dem sie dafür sorgen, dass endlich wieder vernünftige Energiepreise angeboten werden.

Aber auch der Salzburg AG sei ins Stammbuch geschrieben, dass ihr eigene Satzung in § 2 Z 5 die Unternehmensziele der Anbietung ihrer Dienstleistungen nach den Grundsätzen einer sicheren, **kostengünstigen**, natur- und umweltverträglichen Bereitstellung ausgerichtet ist. Nichts ist in der Satzung zu finden, dass die AG gewinnmaximierend und ausschüttungsorientiert zu arbeiten hat.

Wir sind uns bewusst, dass diese Forderungen nach günstiger Energie momentan ziemlich kontrovers diskutiert wird und echte Blüten treibt (Tirol Ausschluss eines Abgeordneten aus der Partei etc.).

Dass die Erhöhung der Stromnetzentgelte ab 2026 in Salzburg zu einer Absenkung führen wird, kann zusätzlich nur bedeuten, dass die Salzburger Unternehmen und Haushalte bisher zu viel bezahlt haben.

Es sind in den Versorgungsbetrieben in den letzten Jahren mehr als 10 Mrd. Euro Gewinne entstanden, welche keinesfalls als Ziel angesehen werden dürfen. Dieser Betrag ist für die Kunden nicht anders zu sehen, als dass jeder Bewohner und jedes Unternehmen Österreichs zusätzliche Steuern entrichten musste, da diese Gelder über Ausschüttungen dann in die Budgets der Länder, Gemeinden oder Republik fließen.

Dass damit auch die Unternehmen unseres Bundeslandes bzw. in ganz Österreich über Gebühr belastet wurden, hat sich in den Preisgestaltungen gezeigt, welche dann auch je nach Bundesland und aktuelle Lage sehr unterschiedlich ausgefallen sind, wobei Versorgungsunternehmen mit sehr hoher Eigenerzeugung nicht unbedingt zu den preisliche günstigsten gezählt haben.

Es ist daher notwendig die Struktur der Versorgungsunternehmen in den Satzungen der Gesellschaften dermaßen anzupassen, dass die Versorgungssicherheit sowie eine moderate Preisgestaltung die wichtigsten Gesellschaftsziele sind.

**Der unterfertigte Delegierte stellt daher folgenden Antrag:**

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg möge beschließen, dass die Wirtschaftskammer direkt bzw. indirekt über die Wirtschaftskammer Österreich an die Gebietskörperschaften herantritt, damit diese die Satzungen der eigenen Versorgungsunternehmen dermaßen anpasst, dass die kapitalistischen Ziele des Aktienrechts in den Hintergrund treten und die Versorgungsziele wieder in den Vordergrund treten können, sowie darauf hinzuwirken, dass die Preise für Energie den Unternehmen und Haushalten wieder günstiger zur Verfügung stehen.



Josef Fritzenwallner  
WP-Del.

Salzburg, am 27.10. 2025